

Lydia KLINKENBERG, Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit

Sitzung vom 24.11.2025

Frage Nr. 286 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zum Insolvenzantrag des Krankenhauses St. Joseph in Prüm

Es gilt das gesprochene Wort!

Frage

Am 20.11.2025 entnahmen wir aus der Presse, dass das St.Joseph-Krankenhaus in Prüm Insolvenz angemeldet hat.¹² Es solle sich um einen Antrag auf ein Insolvenzverfahren zur Sanierung in Eigenverwaltung handeln. Landrat Andreas Kruppert wolle den Fortbestand des Krankenhauses mit aller Kraft sicherstellen. Der Eifel-Kreis Bitburg-Prüm stehe bereits in engem Austausch mit dem rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerium, so das GrenzEcho.

Das Krankenhaus selbst begründet den Schritt mit "zunehmenden Auswirkungen der strukturellen Krise im Gesundheitswesen und dort vor allem der wirtschaftlichen Herausforderungen für Krankenhausträger in Zeiten steigender Personal-, Energie- und Sachkosten"³. Die pünktliche Auszahlung der Löhne sei bis Ende Januar 2026 durch das Insolvenzgeld sichergestellt, ab Februar 2026 sollen diese wieder vollständig durch das Krankenhaus übernommen werden.

Auch die Versorgung der Patienten und die Notaufnahme laufen ohne Einschränkung weiter, so das Krankenhaus auf seiner Website. Angesichts der laut Presse⁴ schon Anfang 2024 geplanten und zum Teil schon umgesetzten Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern St. Joseph Prüm und St. Josef St. Vith könnte die Situation in Prüm auch in der DG kurz- und langfristige Folgen haben.

Die Entbindungsstation in der Klinik St. Josef konnte sich etablieren. Im Rahmen der Initiative ZOAST Eifel wurde ein grenzüberschreitendes Abkommen mit dem Krankenhaus St. Joseph Prüm abgeschlossen, um Patientinnen aus der deutschen Eifel in Sankt Vith versorgen zu können.

Auf die beiden mündlichen Fragen von Jolyn Huppertz und mir vom 13.3.24 zur Zusammenarbeit der Kliniken St. Vith und Prüm antwortete der damalige Gesundheitsminister Antoniadis⁵: "Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist in zwei Programmen beteiligt: Interreg Großregion und Interreg Maas-Rhein. Projekte werden in diesen Programmen mit bis zu 60 % gefördert. Dies

¹ https://zeitung.grenzecho.net/#GrenzEcho/web,2025-11-20,ALLE|GE_TAGESZEITUNG,2025-11-20,ALLE,1|14

² <https://brf.be/regional/2026148/>.

³ <https://www.krankenhaus-pruem.de/news/6037/st-joseph-krankenhaus-beantragt-sanierung-in-eigenregie>.

⁴ <https://www.grenzecho.net/103688/artikel/2024-03-06/kliniken-stvith-und-pruem-rucken-auf-digitaler-ebene-zusammen>.

⁵ https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4891/8665_read-72098.

sind europäische Mittel. Mehr Informationen zu den EU-Förderprogrammen finden Sie auf Ostbelgienlive.

Im Juni 2022 hat das Ministerium eine Informationsveranstaltung für die neue EU-Förderperiode 2021-2027 in Eupen organisiert. Daraufhin hat die Klinik St. Josef das Projekt „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus St. Joseph in Prüm“ erarbeitet. Dieses Projekt wurde im Rahmen des ersten Aufrufs in der Großregion genehmigt.

Dabei erfolgt eine gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit im Bereich der Geriatrie seitens Prüm Richtung St.Vith und im Bereich der Psychiatrie seitens St.Vith Richtung Prüm. Das Gesamtprojektbudget beträgt 2.570.682,80 €. Das Budget für die Klinik Sankt Vith beläuft sich auf 1.517.175,60 €. Der EFRE-Förderanteil beträgt 60 %, sprich 910.305,36 €. Die restlichen 40 % werden Mithilfe des Ausstattungszuschusses der DG sowie durch Eigenmittel finanziert.

Meine Fragen:

1. Welche Auswirkungen hat das Insolvenzverfahren des Sankt-Joseph Krankenhauses Prüm auf die obengenannten Projekte mit der Klinik St. Joseph in Sankt-Vith?
2. Welche Auswirkungen hat die Situation in Prüm auf die Gesundheitsversorgung in der DG?
3. Gibt es finanzielle Auswirkungen zu Lasten der DG - wenn der Worst Case - eine Schließung der Klinik in Prüm - eintreffen würde?

Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegen derzeit keine näheren Informationen über den aktuellen Stand des Insolvenzverfahrens des Krankenhauses St. Joseph in Prüm oder über mögliche Auswirkungen auf die laufenden Interreg-Projekte vor. Aus heutiger Sicht ist es nicht möglich abzuschätzen, ob und in welchem Umfang das Insolvenzverfahren die geplante Kooperation, insbesondere im Bereich Geriatrie und Psychiatrie, beeinflussen könnte.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass strukturelle Veränderungen oder eine mögliche Reduzierung des Leistungsangebotes in einem Krankenhaus auch Auswirkungen auf die regionalen Patientenströme haben können. Patienten orientieren sich im Falle einer Veränderung der Versorgungslage häufig zu benachbarten Kliniken, sodass es zu einer Umverteilung der Inanspruchnahme kommen kann.

Für Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht weiterhin die Möglichkeit, Gesundheitsdienstleistungen im Rahmen der Ostbelgien-Regelung oder *der zones d'accès aux soins transfrontaliers* (ZOAST) in benachbarten Teilen Deutschlands in Anspruch zu nehmen. Ich erinnere an dieser Stelle daran, dass die Finanzierung der Dienstleistungen in den Krankenhäusern alleinige Zuständigkeit des Föderalstaats ist.

Zurzeit ist nicht absehbar, welche konkreten Konsequenzen eine mögliche Schließung des Krankenhauses in Prüm hätte und ob daraus finanzielle Auswirkungen für die Deutschsprachige Gemeinschaft entstehen würden. Aktuell liegen uns hierzu keine konkreten Informationen vor, sodass eine verlässliche Einschätzung nicht möglich ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!